

JAGDZEITENÄNDERUNG IM OSTEN

Feuer frei!

Während in Bayern Forstminister Helmut Brunner heftig kritisiert wird, weil sein Ministerium an ihm vorbei Jagdpolitik gegen den Landesjagdverband macht, gibt es zwei weitere Fälle in Thüringen und Brandenburg, die dort die Jäger auf die Barrikaden treibt. HEIKO HORNING berichtet.

Für den thüringischen Staatssekretär Roland Richwien war der Besuch des Landesjägartages in Bad Blankenburg Anfang April ein Gang nach Canossa. Musste er dort doch etwas verteidigen, was er vielleicht selbst nicht richtig verstand oder verstehen wollte: Ein Forschungsprojekt, das in sechs thüringischen Forstämtern durchgeführt wird. Das Ziel bringt der wissenschaftliche Leiter des Projekts, Prof. Michael Müller aus Tharandt, in einer vertraulichen E-Mail an einen leitenden Mitarbeiter des Forstministeriums auf den Punkt: „Wie Du siehst, ist alles darauf ausgerichtet, Strecke zu machen und dieses Streckemachen zu stimulieren, ohne dass Trophäen eine Rolle spielen sollen.“ Müller kalkulierte zum Zeitpunkt dieses Vermerks im Oktober 2007 bereits zu „erwartende Breitseiten“ der privaten Jägerschaft ein.

Das Konzept sah vor, die Jagd auf alles Schalenwild mit dem 1. April beginnen zu lassen. Mit einer dreimonatigen Ruhezeit im Sommer (Juni bis August) sollte es dann im Herbst verstärkt bis zum 15. Januar weitergehen. In dem Frühjahrsintervall sollten nur führende und hochbeschlagnete Stücke geschont werden. Allerdings hofft der Wissenschaftler aus Tharandt, der dort nicht etwa für Wildtierökologie, sondern für den Forstschutz verantwortlich zeichnet, dass die Vereinheitlichung der Jagdzeiten beim männlichen und weiblichen Wild, das Geschlechterverhältnis der Strecke korrigiert. Außerdem soll das Vereinfachen des Ansprechens dazu führen, dass sich die Aufmerksamkeit der Jäger nicht vorrangig auf die Feststellung des Geschlechts oder der Qualität des Wildes, sondern auf die Schussabgabe und damit auf die sichere sowie wildbrettschonende Erlegung konzentriert. Abschussentgeltbefreiung und die Abschaffung von Qualitäts- und Altersmerkmalen, die sich an Trophäen orientieren, sollten das schnelle und effektive Schießen in den Staatsforstbetrieben und später im ganzen Land ebenfalls fördern. Entgangene Staatseinnahmen sind egal.

Um den Beschuss aus der Jägerschaft so gering wie möglich zu halten, wurden die Jagdverbände und betroffenen Hegegemeinschaften von den Ministerialen gar nicht erst informiert. 2009 wurde zwar eine Jagdzeitenänderung in einem Forum „Jagdstrategien“ von Ministeriumsseite erwähnt, von konkreten Projektplänen und Fristen war allerdings nicht die Rede. Schon damals hatte der Landesjagdverband das Ansinnen, Jagdzeiten weiter auszudehnen oder zu verschieben, abgelehnt.

Im Februar sickerten die Pläne des umstrittenen Forschungsprojektes des thüringischen Forstministeriums durch. Dem LJV, der Anfang März seinen 20. Geburtstag feierte, verhagelte die Info die Geburtstagsstimmung. Präsident Steffen Liebig kritisierte in seiner Festtagsrede massiv das zweifelhafte Forschungsprojekt sowie die fehlende Beteiligung seines Verbandes.

Nachdem das Projekt im Ministerium juristisch sattelfest gemacht worden war, ließ Agrarminister Jürgen Reinholz (CDU) am 15. März die Katze aus dem Sack. Eine Woche später forderte er den Verband auf, zu der Jagdzeitenänderung innerhalb von nur einer Woche Stellung zu beziehen, denn bereits am 1. April sollten im Staatsforst die Büchsen knallen.

Zwei Vorschläge unterbreitete Reinholz (siehe Brief dazu unter www.wildundhund.de): Entweder nur Rehwild mit der Jagdzeitenänderung zu versehen, oder alles Schalenwild. Der LJV fasste dieses Papier nach eigenen Aussagen als Ultimatum auf. Beobachter meinen, dass Reinholz, der erst 2009 das Ministerium übernahm, weder die jagdlichen Verhältnisse im Land richtig kenne, noch tief in der Materie stecke, sondern einfach von seiner Forstbehörde zu der harten Gangart gebracht worden wäre. Eine ähnliche Vorgehensweise der forstlichen Ministerialen hat in Bayern Landwirtschaftsminister Helmut Brunner unter Druck gebracht. Finanziert wird das 170 000 Euro schwere Forschungsprojekt im Thüringer Staatsforst aber nur zu 50 Prozent aus Steuermitteln. Die andere Hälfte, rund 18 000 Euro jährlich, werden aus der Jagdabgabe berappt, die mehrheitlich von der privaten Jägerschaft geleistet wird. Nach dem Selbstverständnis der Jägerschaft in Thüringen sollen diese Mittel hauptsächlich zur Förderung des Jagdwesens, wie Biotop- und Artenschutzmaßnahmen, Verhütung von Wildschäden oder der Fortbildung, eingesetzt werden.

In Brandenburg hatte Müller seine Ideen einer effektiven Schalenwildjagd ebenfalls gesetzt. Die Forstbehörde beabsichtigt, das Forschungsprojekt von Müller in drei Oberförstereien mit einem nahezu gleichlautenden Konzept und Jagdzeitenänderungen umzusetzen. Dort sollte es ab 1. April vor allem der Jugend und Mittelklasse gelten. Das Müller-Projekt zahlt der neu gegründete Landesbetrieb. Der LJV Brandenburg kritisiert vor allem, dass der geltende rechtliche Rahmen überhaupt nicht ausgeschöpft worden sei und die Faktenlage nicht begründe, dass waldbauliche Ziele nicht erreicht werden könnten. Der Biologe Prof. Hans-Dieter Pfannenstiel, der gleichzeitig auch Vize-Präsident des dortigen Landesjagdverbandes ist, kritisierte, dass durch das Konzept die Jugendklasse überschossen würde. Auch hält er die Generalfreigaben des müllerschen Konzeptes jagdethisch und tierschutzrechtlich für problematisch.

Auf dem Thüringer Landesjägertag machte Präsident Liebig gegen die Pläne der Staatsregierung mobil. Er forderte die Jäger des Landes auf, gegen die Experimente mit Jagdzeiten und für eine waidgerechte und tierschutzkonforme Jagd Unterschriften zu sammeln. Zwar würgte das Ministerium nach dem öffentlichen Druck die Jagdzeitenänderung innerhalb des Forschungsprojektes ab. Das Projekt selbst jedoch, also wie sich neue Abschusskriterien auf die Waldentwicklung auswirken, bleibt. Im LJV fragt man sich nun, wie es zu diesem jagdpolitischen Kurswechsel der Staatsregierung nach der langjährigen guten Zusammenarbeit kommen konnte. Auch in Brandenburg, in dem das müllersche Forschungsprojekt modifiziert durchgeführt wird, und ebenfalls nach dem Regierungswechsel mit Jutta Lieske und Jörg Vogelsänger Minister-Rochaden stattfanden, gibt es Verwunderung über die wildfeindliche Politik der Landesregierung.

Unterstützung erhalten die Forst-Ministerialen in beiden Ländern von der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft (ANW), die dem Ökologischen Jagdverband (ÖJV) nahesteht, sowie dem Waldbesitzerverband.

Noch bis vor wenigen Jahren war Müller Waldbaureferent in der Brandenburger Landesforstverwaltung. Frühere Kollegen bestätigen ihm aus dieser Zeit seine Nähe zu ANW und ÖJV. Die Kontakte aus dieser Zeit dürften ihm auch geholfen haben, sein Forschungsprojekt parallel zu Thüringen dort zu setzen.

Nach seinem Neustart in Forschung und Lehre wurde er in Tharandt Leiter des Lehrstuhls für Forstschutz, der sich vorwiegend mit Mäuse- und Insektenschäden am Wald und Waldbränden beschäftigte. Auf der Homepage seines Lehrstuhles (nicht aktuell, da die Titel 2008 enden) verweist er auf über 70 Veröffentlichungen, von denen nicht eine (außer eine Repellentprüfung am Rehwild und eine Veröffentlichung mit Prof. Siegfried Prien) sich wissenschaftlich mit Wildschäden und Wildbewirtschaftung auseinandersetzte. Sein

Nachbarlehrstuhl für Wildtierökologie, Leiter Prof. Sven Herzog, arbeitet autonom und ist an dem Projekt nicht beteiligt. In seiner neuen wissenschaftlichen Funktion mangelte es auch nicht an Aufträgen aus der ÖJV-Ecke. So begleitete er als Wissenschaftler ein Projekt der Hatzfeldschen Forstverwaltung, die als Keimzelle des ÖJV gilt. Diese hat eine Liegenschaft von zirka 6 000 Hektar in Brandenburg an der Dresdner Autobahn bei Massow erworben und dort eine Änderung der Jagdzeit auf Rehböcke bis zum Januar erkämpft. Die Oberste Jagdbehörde in Potsdam, die das Ansinnen der Hatzfeldschen Verwaltung ablehnte, schloss einen faulen Kompromiss, um den Konflikt nicht ausufern zu lassen und um einen Prozess zu vermeiden. In Massow durften in einer Kernzone von 4500 Hektar Böcke bis Januar geschossen werden. Um die Jagdnachbarn zu beruhigen, fiel ein 1 500 Hektar großer Ring um diese Fläche nicht in diese Regelung.

Mit der Forstreform in Thüringen sammelte sich eine Gruppe Forstbediensteter, die Waldbau und Jagd im Sinne des ÖJV und des ANW betreiben wollen. Ihr Netzwerk spinnen sie im Thüringer Forstverein. Zu diesem Kreis zählt der Referatsgruppenleiter Forstwirtschaft im Erfurter Ministerium Volker Gebhardt. Gebhardt ist „Duz- und Studienfreund“ von Prof. Michael Müller. Sie tauschten sich freundschaftlich über die Installation eines Forschungsprojektes aus. 2007/08 ging ein Forschungsauftrag an Prof. Müller mit der Zielstellung, das Jagdrecht in Thüringen in Richtung Änderung der Jagdzeiten und Minimalabschusspläne zu liberalisieren. Einen Vortrag dazu hatte Müller vor dem thüringischen Forstverein bei einer Jahres- tagung gehalten. Geschickt hat der ÖJV sein Netzwerk über einflussreiche Stellen in den deutschen Landesforstbehörden gesponnen. Der Geist der „Wildvernichtung“ weht inzwischen durch viele Landesforstverwaltungen.